

Protokolleintrag vom 20.04.2016

2016/138

Postulat von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Marcel Bührig (Grüne) vom 20.04.2016:

Quartierverträgliche und menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden im Bundeszentrum für Asylsuchende auf dem Duttweiler-Areal

Von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Marcel Bührig (Grüne) ist am 20. April 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Bundeszentrum für Asylsuchende auf dem Duttweiler-Areal im Kreis 5 so geplant und konzipiert wird, dass eine quartierverträgliche und menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden ermöglicht wird. Insbesondere sollen folgende baulichen Massnahmen geprüft werden:

- Das geplante Bundeszentrum soll so geplant werden, dass die Bewegungsfreiheit der Asylsuchenden sowie der Austausch mit der Wohnbevölkerung nicht eingeschränkt werden. Auf eine Umzäunung des Areals ist in jedem Fall zu verzichten.
- Das geplante Bundeszentrum soll so geplant werden, dass die Privatsphäre der Asylsuchenden – insbesondere für Familien mit Kindern – gewährleistet werden kann.

Begründung:

Das geplante Bundeszentrum für Asylsuchende wird voraussichtlich in einem belebten Wohnquartier in Züri-West zu stehen kommen. Es ist daher von höchster Wichtigkeit, dass bei der Ausgestaltung des Gebäudes und der Aussenräume auf die urbane Umgebung Rücksicht genommen wird.

Insbesondere ist bei der Planung des Zentrums darauf zu achten, dass sich einerseits die asylsuchenden Menschen während ihres Aufenthalts sicher fühlen und andererseits ein Austausch mit der Wohnbevölkerung ermöglicht wird. Auf jeden Fall ist auf eine Umzäunung des Areals zu verzichten. Auch soll auf architektonische Elemente verzichtet werden, die einen Austausch zwischen innen und aussen erschweren.

Im geplanten Bundeszentrum werden Asylsuchende für eine kurze Zeit untergebracht werden. Es werden Menschen kommen: Männer, Frauen, Jugendliche, Kinder, alleine oder als Familien aus unterschiedlichen Ländern und aus unterschiedlichen Kulturen. Das Gebäude muss deshalb so konzipiert sein, dass genügend Platz für Rückzugsmöglichkeiten und Privatsphäre vorhanden sein werden.

Mitteilung an den Stadtrat